

1363 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XX. GP

Bericht

des Justizausschusses

über den Antrag (667/A) der Abgeordneten Mag. Dr. Heide Schmidt und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Strafgesetzbuch BGBl. I Nr. 12/1997 geändert wird

Die Abgeordneten Mag. Dr. Heide Schmidt und Genossen haben den vorliegenden Initiativantrag am 12. Dezember 1997 im Nationalrat eingebracht und wie folgt begründet:

“Die Diskriminierung einer Bevölkerungsgruppe auf Grund ihrer sexuellen Ausrichtung manifestiert sich am deutlichsten im Strafgesetzbuch. Hier wird von seiten des Staates in die Privatsphäre von Menschen massiv eingegriffen und eine bestimmte Wertvorstellung gesetzlich instrumentalisiert.

Ohne Zweifel begründet eine Lebensgemeinschaft ein besonderes Vertrauensverhältnis, das zu Recht von Staat und Gesellschaft anerkannt wird und daher unter dem besonderen Schutz des StGB steht. Nicht einzusehen ist aus liberaler Sicht allerdings, daß das Bestehen eines Vertrauensverhältnisses vom Geschlecht der Person abhängen und nur bei heterosexuellen Lebensgemeinschaften rechtlich relevant werden soll. Um diese unsachgemäße Unterscheidung zu eliminieren, ist die vorgeschlagene Gesetzesänderung notwendig.”

Der Justizausschuß hat diesen Initiativantrag in seiner Sitzung am 16. Juli 1998 in Verhandlung genommen.

Berichterstatter war der Abgeordnete Mag. Thomas **Barmüller**.

An der anschließenden Debatte beteiligten sich die Abgeordneten Peter **Schieder**, Wolfgang **Jung**, Mag. Terezija **Stoisits**, Dr. Walter **Schwimmer**, Dr. Johannes **Jarolim**, Dr. Michael **Krüger**, Mag. Thomas **Barmüller**, Dr. Irmtraut **Karlsson**, Dr. Brigitte **Povysil**, Mag. Helmut **Kukacka**, Mag. Johann **Maier**, Dr. Martin **Graf** und die Ausschußobfrau Mag. Dr. Maria Theresia **Fekter** sowie der Bundesminister für Justiz Dr. Nikolaus **Michalek**.

Bei der Abstimmung fand der gegenständliche Antrag keine Stimmenmehrheit.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Justizausschuß den **Antrag**, der Nationalrat wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

Wien, 1998 07 16

Josef Schrefel

Berichterstatter

Mag. Dr. Maria Theresia Fekter

Obfrau